



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 22. August 2015

PRESSEINFORMATION

Klarheit bei streikbedingter KiTa-Erstattung schaffen: Witzel fordert Vorbeugung für neue Streiks

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel warnt vor neuen KiTa-Streiks im September, regt vorbeugende Maßnahmen an und erwartet endlich Klarheit vom Land bei der Frage der noch ungeklärten Beitragserstattung für die zahlreichen KiTa-Schließungen vor der Sommerpause.

„Es ist schon bemerkenswert, daß es bis zu einer sachgerechten Information der Öffentlichkeit über die Auswirkungen des Kita-Streiks und dessen Kompensation in Essen monatelang dauert“, kritisiert Witzel und hofft, daß „Landesregierung und Stadt Essen nun endlich Willens und in der Lage sind mitzuteilen, wie viele Kinder in Essener Tageseinrichtungen infolge der Streiks nicht wie gebucht betreut werden konnten und wie sich die aus diesem traurigen Umstand resultierenden Einsparungen bei den Kita-Betriebskosten im Detail berechnen.“

Mit großer Sorge blickt er auf den Herbst und befürchtet erneut immense Herausforderungen für berufstätige Eltern, deren Kinder in städtischen Kitas betreut werden, da die Tarifauseinandersetzungen in Kindertagesstätten nicht beendet, sondern nur ausgesetzt sind, und Verdi bereits neue unberechenbare Streiks für September angekündigt hat: „Dabei sind zahlreiche Familien in Essen in diesem Frühsommer bereits deutlich über Gebühr strapaziert worden, nachdem in der Stadt fast vier Wochen die Türen zahlreicher öffentlicher Kindertagesstätten aufgrund des Erzieherstreiks geschlossen geblieben sind.“

Witzel fordert daher im Rahmen einer Parlamentsanfrage nun endlich Klarheit in Bezug auf Zulässigkeit und Umfang der Rückerstattung von Elternbeiträgen und will wissen, welche Vorkehrungen seitens des Landes und der Stadt Essen bislang

getroffen worden sind, um bei der angekündigten Fortsetzung des Kita-Streiks ab Mitte August die Auswirkungen für die Familien im Rahmen des gesetzlichen Auftrags von vorneherein abzumildern, beispielsweise durch zusätzliche Notfallplätze.